

Gabriele Schlamann

Die Auseinandersetzung mit dem „Fürstentum Germania“ in der Gemeinde Plattenburg 2009

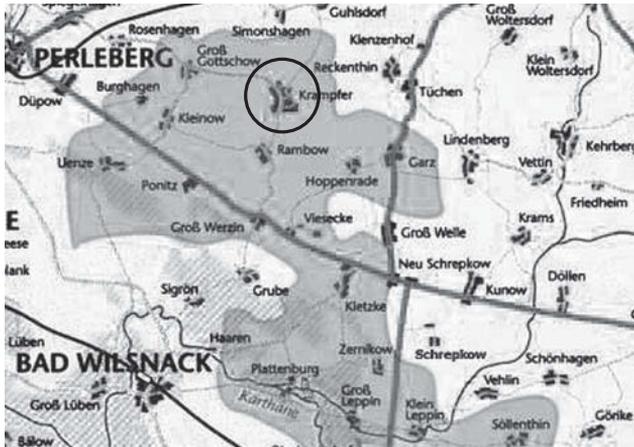
Die ländliche Gemeinde Plattenburg in Brandenburg hatte im Frühjahr 2009 zum zweiten Mal innerhalb von zwei Jahren mit einer erheblichen Beunruhigung von außen zu tun: Im Februar 2009 wurde das „Fürstentum Germania“ ausgerufen, ein Autarkie-Projekt, das sich als eigener Staat verstand. Ein Projekt dieser Art mit der Ausrufung eines eigenen Staates innerhalb der Bundesrepublik hatte es bisher im Land Brandenburg nicht gegeben.

In diesem Beitrag stelle ich die Auseinandersetzung des Gemeinwesens mit dieser erheblichen Irritation dar; im Einzelnen frage ich dabei, inwieweit Erfahrungen der ersten ähnlich gelagerten Herausforderung aus dem Jahr 2007 genutzt wurden, wie verschiedene Akteure mit der Problematik umgingen, wie die Angelegenheit schließlich gelöst wurde und wie der Beratungsansatz des Mobilen Beratungsteams (MBT) umgesetzt wurde.

Die Gemeinde Plattenburg, die Vorgeschichte aus dem Jahr 2007 und das Dorf Krampfer

Die Gemeinde Plattenburg in der Prignitz hatte zu Beginn des Jahres 2009 mit einer besonderen Herausforderung zu tun. Im Dorf Krampfer wurde das sogenannte „Fürstentum Germania“ ausgerufen. BürgerInnen, die Gemeindeverwaltung, die Gemeindevertretung, die Polizei, die Kreisverwaltung und die Medien waren beunruhigt: Was hatte es mit diesem „Fürstentum“ auf sich? Was bedeutete dies für die ländliche Gemeinde Plattenburg und das Dorf Krampfer?

Die Gemeinde Plattenburg liegt mitten im Landkreis Prignitz, im Nordwesten des Landes Brandenburg und grenzt an die nordwestlich gelegene Kreisstadt Perleberg. Die Gemeinde umfasst eine Fläche von rund 200 Quadratkilometern und hat knapp 4.000 EinwohnerInnen in 22 Dörfern. Sie wird in der Mitte von der vielbefahrenen Bundesstraße 5 durchschnitten; nördlich der B 5 liegen die kleineren Ortsteile, südlich die Gemeindeverwaltung und das große Dorf Glöwen mit der weiterführenden Schule. Die Plattenburg ist der touristische Anziehungspunkt in der Kommune, hier findet alljährlich ein großes Burgfest mit vielen tausend BesucherInnen statt.



Der Ort Krampfer, Gemeinde Plattenburg im Landkreis Prignitz

Die Gemeinde wird vertreten von der alteingesessenen hauptamtlichen Bürgermeisterin Gudrun Hoffmann, die im Sommer 2009 in einer Direktwahl von den BürgerInnen wiedergewählt worden ist. Die Gemeindeverwaltung befindet sich in Kletzke.

Zu Beginn des Jahres 2007 wurde die Gemeinde Plattenburg mit dem Gerücht konfrontiert, der bekannte, mittlerweile verstorbene rechtsextreme Anwalt Jürgen Rieger wolle in dem Dorf Kleinow ein Grundstück kaufen. Innerhalb kürzester Zeit waren die Bürgermeisterin und ihre Verwaltung, die BürgerInnen, die Polizei, die Landkreisverwaltung, der brandenburgische Verfassungsschutz, verschiedene Ministerien, die Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg und die Medien auf den Plan gerufen. Die Mobilisierung aller Kräfte mündete im März 2007 in eine eindrucksvolle Kundgebung gegen Rechtsextremismus in Kleinow. Zu dem Grundstücksverkauf ist es nicht gekommen; im Nachhinein verlautete, Rieger habe nie ernsthaft einen Kauf erwogen.

Bereits damals konnte die Gemeinde wertvolle Erfahrungen im Umgang mit einer als rechtsextrem geltenden Herausforderung sammeln. Das MBT hatte von Beginn an diesen Prozess in der Gemeinde beraten und begleitet; dabei wurde der Grundstock für die gute Beziehung zwischen Gemeindeverwaltung und dem MBT gelegt.

Das Dorf Krampfer und das Schloss

Krampfer liegt nördlich der B 5, zwei Kilometer östlich von Kleinow. Seine Geschichte ist geprägt durch die Geschichte der Familie von Möllendorf,



Die Dorfkirche in Krampfer

die dem altmärkischen Uradel angehörte und „die sich bis 1945 im Ort behauptet“ hat.¹ Nachfahren leben noch heute in Krampfer.

Die Hauptstraße führt mitten durch das Dorf. Hier liegt – direkt neben dem „Schloss“ genannten ehemaligen Gutsbesitzerhaus – die alte Feldsteinkirche, in der sich die kleine und rege Kirchengemeinde zusammenfindet. Die Freiwillige Feuerwehr hat ihren Stützpunkt schräg gegenüber dem Schloss, auch der Fußballplatz und der ehemalige Kindergarten, heute Gemeindehaus, liegen gegenüber. Die Bäckerei am Ende der Hauptstraße wird gut frequentiert. Die Aufteilung des Friedhofs erinnert an die vordemokratischen Zeiten des Dorfes: „Eine Hälfte für die Dorfbewohner, die andere Hälfte für die Familie von Möllendorf mit einem eigenen Eingangstor.“² Windräder im Dorf zählen für etliche BürgerInnen zur unerfreulichen Realität, ebenso leerstehende Wohnungen in ehemaligen Tagelöhnerhäusern, die einem West-Investor gehören. Eine zweite Reihe von Häusern liegt mit Abstand parallel zur Hauptstraße. Es gibt eine Busverbindung nach Perleberg.

Im Dorf leben alteingesessene BürgerInnen und nach 1989 neu Hinzugezogene. Zu Beginn des Jahres 2009 gab es im Dorf keine direkte Jugendarbeit, Jugendliche waren zum Teil im Anglerverein, in der Freiwilligen Feuerwehr oder der Kirche aktiv. Immer wieder aber waren Versuche gestartet worden, Jugendarbeit im Dorf zu etablieren. Der zuständige Revierpolizist hatte und hat sehr gute Kontakte zu den BürgerInnen in Krampfer. Treffpunkte für Bür-

¹ <http://plattenburg.verwaltung-brandenburg.de/verzeichnis/objekt.php?mandat=18602> [zuletzt aufgerufen am 7.10.2009].

² Ebd.

gerInnen sind der Gemeinderaum, die Kirche, die Straße oder die Bäckerei. Einige BürgerInnen in Krampfer haben die Sorge, dass ihre noch bestehende Eigenständigkeit, zum Beispiel ihre Freiwillige Feuerwehr, von den größeren Orten südlich der B 5 absorbiert werden könnte.

Das Schloss

Das Schloss wurde als Gutshaus von der Familie von Möllendorf gebaut. Nach der Enteignung 1945 wurde es bis 1990 von der Gemeinde als Schule, Bankfiliale, Materiallager der DDR-Zivilverteidigung, Kinderkrippe und Wohnraum genutzt. Nach 1990 hatte das Schloss diverse Eigentümer, ohne dass sichtbar etwas mit dem Gebäude passierte. Das Schloss war zu Beginn des Jahres 2009 unbewohnbar, einige Teile waren einsturzgefährdet; es gab keine Heizung, kein fließendes Wasser und keinen Anschluss an die Kanalisation. Von außen sah das Schloss marode aus, es verfiel immer stärker und war für viele BürgerInnen ein Schandfleck im Ort. Ursprünglich gehörte ein großer Park zum Schloss; er befindet sich heute zum großen Teil in Gemeindebesitz.



Schloss Krampfer im Herbst 2009

Die Auseinandersetzung mit dem „Fürstentum“

Die Gemeinde Plattenburg wurde Anfang 2009 vom Mobilien Beratungsteam über die angekündigte Ausrufung eines „Fürstentums Germania“ im Schloss Krampfer informiert. Die Bürgermeisterin unterrichtete daraufhin ihrerseits sofort alle relevanten Stellen wie Gemeindeverwaltung, Kreisverwaltung

und Polizei und bat um Unterstützung bei der Einschätzung und einer eventuell notwendigen Bearbeitung. Die Gemeindeverwaltung begann, sich über die Vorgänge mit dieser Immobilie eingehender zu informieren. Sie war, wie in solchen Fällen der privaten Grundstücksveräußerung üblich, von dem zuständigen Notar über den Verkauf unterrichtet worden. Bekannt war lediglich der neue Besitzer; ein Konzept für die Nutzung lag noch nicht vor; lediglich auf einer Seite im Internet wurden das Vorhaben skizziert.

Als durch Recherchen klar wurde, dass vom „Fürstentum Germania“ eine Gefährdung für den inneren Frieden der Gemeinde ausgehen könnte, musste sich die Gemeindeverwaltung damit befassen. BürgerInnen, die Gemeindeverwaltung, die Polizei, LokalpolitikerInnen und auch wir befürchteten, dass sich in Krampfer ein Projekt mit rechtsextremer Ausrichtung etablieren könnte. Dies traf – eben aufgrund der Erfahrungen mit Kleinow aus dem Jahr 2007 – einen sensiblen Punkt in der Gemeinde Plattenburg. Die Erwartung, dass die Gemeindeverwaltung dem sofort etwas entgegenzusetzen müsse, nahm bei BürgerInnen, PolitikerInnen und den Medien stark zu. Die Gemeindeverwaltung kam zunächst ihrer Informationspflicht gegenüber der Gemeindevertretung, dem Ortsvorsteher aus Krampfer und dem Gemeinderat nach.

Die Bevölkerung

Die BürgerInnen hatten mitbekommen, dass im Schloss etwas vor sich ging und waren zunächst einfach nur neugierig. Die jungen Männer, die sich als Erste im Schloss aufhielten, suchten regen Kontakt in den Ort. Sie sprachen DorfbewohnerInnen an, erzählten von ihrem Vorhaben, im Schloss ein Projekt verwirklichen zu wollen, in dem sie beabsichtigten „autark“, im Einklang mit der Natur und nach eigenen Regeln leben zu wollen. Jede/r sei herzlich willkommen, dabei mitzumachen.

Einige DorfbewohnerInnen waren befremdet vom Gebaren der Schlossbewohner und ihrer Besucher. Verstörend wirkte das äußere Auftreten der Projektbeteiligten, die sich teils als flippige Aussteiger präsentierten, teils als Schlips- und Anzugträger, die zu den Wochenenden mit Autos aus dem gesamten Bundesgebiet anreisten. Merkwürdige Darstellungen und Diskussionen im Internet taten ein Übriges. Das Gefühl, dass „hier etwas Komisches passiert“, verbreitete sich und mündete in die Einschätzung: „Die bringen Ärger.“

Aus dieser Sorge heraus begannen einige BürgerInnen, im Internet zum „Fürstentum Germania“ und zu Namen der Protagonisten zu recherchieren. Da die Einordnung des Vorhabens sowohl von der Struktur als auch

vom Inhalt her schwierig war, kamen Leute im Ort darüber miteinander ins Gespräch. Einige nahmen auch an der sogenannten Ausrufung des „Fürstentums“ teil. Die Befürchtungen, was mit und in dem Schloss entstehen könnte, wurden dadurch noch größer. Die Leute im Dorf wollten nun noch genauer wissen, was sich hinter dem „Fürstentum Germania“ verbirgt, erste Vermutungen über eine rechtsextreme Gruppe machten die Runde, die Recherche wurde intensiviert.

Andere Akteure

Zur Verwaltung des Landkreises gehört das Bauamt, das sich wegen des baulichen Zustands des Schlosses eingeschaltet hatte.

Die Polizei recherchierte zu dem Vorgang, stand in engem Kontakt mit der Gemeindeverwaltung und verrichtete ihre Arbeit im Rahmen der gesetzlichen Aufgaben.

Zunächst berichteten die örtlichen Zeitungen von der Veränderung im Schloss Krampfer. Nach einiger Zeit hatten auch überregionale Printmedien, das Radio und das Fernsehen ihre BerichtersterterInnen vor Ort. Man führte Interviews mit den jungen Männern im Schloss, befragte die BürgerInnen, die Bürgermeisterin, die Polizei und das MBT.

Die demokratischen Parteien hatten die Vorgänge im Rahmen ihrer politischen Arbeit im Blick, informierten sich und standen im Austausch mit der Kommune.

Die Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg stand unter anderem in Kontakt mit dem MBT, um die Situation unter dem Aspekt der Gefährdung von Demokratie einschätzen und gegebenenfalls in der Abwehr unterstützen zu können.

Der Brandenburgische Verfassungsschutz war informiert, hatte sich aber nicht eingeschaltet.

Zur den Aufgaben des MBT gehört die Beobachtung von Entwicklungen, die auf lokaler Ebene Demokratie in Gemeinwesen gefährden können. Die Wahrnehmung, Beschreibung und die Beratung von örtlichen Akteuren bei möglichen Gegenstrategien sind weitere Schritte der MBT-Arbeit.

Konfliktlinien, Bearbeitung und Lösung des Konfliktes

Die Erfassung und Beschreibung des Problems war in diesem Fall nicht einfach. War es eine Gruppe von Aussteigern, die die Idee eines naturnahen Lebens verwirklichen wollten? War es eine Gruppe von abgehobenen

Esoterikern mit kosmischer Orientierung? War es eine Gruppe von Rechts-extremen, Holocaustleugnern und „Reichsbürgern“, die ihre Ideologie endlich in einem „eigenen Staat“ verwirklicht sehen wollten? Oder war es eine Gruppe von jenen Spinnern, die sich für jede Art von Weltanschauung begeisterten und sie praktisch erproben wollten?

Allein bei der Beschreibung dessen, was das „Fürstentum Germania“ ausmachte, gab es unterschiedliche Auffassungen und daraus abgeleitete Handlungsoptionen. Der eine hielt Maßnahmen für notwendig, die andere als völlig übertrieben einstufen; es gab unterschiedliche Einschätzungen zum Gefährdungspotenzial; die Verwaltungsebenen mussten sich in ihren Zuständigkeiten vertrauen; es gab die Gratwanderung zwischen Datenschutz und Informationspflicht gegenüber der Öffentlichkeit; die Bearbeitung brauchte Zeit, auch weil Gesetze eingehalten werden mussten. Und es gab – wie üblich – immer auch diverse Nebekonflikte, die sich aus alten Reibereien der Beteiligten speisten.

Einig waren sich die Akteure, dass die Konfliktlinie zwischen ihnen und dem „Fürstentum“ verlief. Differenzen entzündeten sich allerdings an der Frage, welche Bearbeitung die richtige sei; daraus ergaben sich Folgekonflikte zwischen den Beteiligten, die ebenfalls bearbeitet werden mussten.

Die Gemeindeverwaltung

Für die Entwicklung von Handlungsstrategien war die Gemeindeverwaltung angewiesen auf Information zum „Fürstentum Germania“, sowohl der Aktivitäten, die dem Internet zu entnehmen waren, als auch zum Geschehen vor Ort. Die Internetrecherche war zeitraubend, da der Ort Kletzke und damit auch die Gemeindeverwaltung nicht über einen DSL-Anschluss verfügte.

Für die Gemeindeverwaltung war bald klar, dass das Konstrukt „Fürstentum“ eine Gemengelage von ganz unterschiedlichen Interessen und Personen darstellte. Die identifizierbaren Interessen reichten von artikuliertem sozialen Engagement (Einrichtung für sexuell missbrauchte Jungen) über den Wunsch nach „autarkem“ ökologisch ausgerichteten Leben bis zur Etablierung eines Staates im Staate unter rechtsextremen Vorzeichen. Diese differenzierte Beschreibung war ein Ergebnis der Recherchen der Gemeindeverwaltung und zeigte, dass man das „Fürstentum“-Projekt nicht nur als rechtsextremes Vorhaben bewerten konnte, wie dies andere sehen wollten. Die Bürgermeisterin sah sich deswegen des Öfteren mit dem Vorwurf aus der Dorfbevölkerung konfrontiert, nicht genau genug hinzusehen, die Gefährdung durch Rechtsextremismus nicht ernst genug zu nehmen und nicht

genügend für die Abschaffung des „Fürstentums“ zu tun. Dieser Konflikt begleitete die Auseinandersetzung bis zum Ende des Projekts.

Bürgermeisterin Hoffmann war hinsichtlich des „Fürstentums Germania“ immer ansprechbar und wurde insbesondere durch den Leiter des Ordnungsamtes sehr unterstützt. Beide setzten sich auch mit diversen Vertretern des „Fürstentums“ in verwaltungsrechtlichen Belangen auseinander. Nicht alle BürgerInnen konnten das verstehen und äußerten Kritik daran, dass man sich „mit denen“ überhaupt an einen Tisch setzte.

Eine weitere Konfliktlinie betraf die Erwartung aus der Bevölkerung, dass *alle* Vorgänge im Zusammenhang mit dem „Fürstentum“ von der Verwaltung auf Nachfragen nach außen kommuniziert werden müssten. Derartige Forderungen lassen allerdings die rechtlichen Regelungen des Datenschutzes außer Acht, die eine vollständige Transparenz nicht möglich machen. Die Gemeindeverwaltung hat zu keiner Zeit das „Fürstentum“ als Tabuthema behandelt, sondern stand im Rahmen ihrer Möglichkeiten für Gespräche zur Verfügung. Dieser Weg wird nicht von allen Kommunen begangen! Die Erfahrung zeigt aber, dass nur dieser Weg auf Dauer zum Erfolg führt.

Manche haben sich gewünscht, die Bürgermeisterin hätte bereits früher zu einem öffentlichen Gespräch mit den BürgerInnen eingeladen. Aus Sicht der Bürgermeisterin hätte das Gespräch eine Woche später stattfinden sollen, um es mit allen Beteiligten – BürgerInnen, PolitikerInnen, Polizei, Kirche, MBT – gut vorbereiten zu können. Die Terminfrage war ein sehr heikler Punkt, weil hier zwei Interessenslagen kollidierten. Einzelne BürgerInnen hatten zwar mit der Bürgermeisterin und auch dem MBT über eine anvisierte Informationsveranstaltung gesprochen, hatten dann allerdings ohne weitere Absprachen einen früheren Termin gesetzt und dazu bereits öffentlich eingeladen. Hier drohte für einen kurzen Moment ein Machtspiel zwischen Gemeindeverwaltung und BürgerInnen.

Die Bürgermeisterin hat sich dann auf den von den BürgerInnen gesetzten Termin eingelassen, ihn aktiv mit vorbereitet und zu einem Informationsgespräch nach Krampfer eingeladen. Dieses Gespräch hat mit sehr großer Beteiligung und als gemeinsame Veranstaltung von Bürgermeisterin und BürgerInnen im März 2009 stattgefunden. Hier wurden Fragen beantwortet und Einschätzungen zum „Fürstentum“ durch Bürgermeisterin Hoffmann, BürgerInnen, den Schutzbereichsleiter der Polizei, die politischen Parteien, die Kirche und das MBT gegeben. Anwesend waren auch die Hauptprotagonisten des „Fürstentums“ selbst; die Fragen der Dorfbevölkerung konnten sie aber nicht zufriedenstellend beantworten. Für die meisten Anwesenden war nach diesem Abend klar, dass es keine einfache und schon gar keine schnelle Lösung für das „Fürstentum“ geben konnte. Deutlich wurde an dem Abend auch, dass jeder Mensch das Recht auf freie Meinungsäußerung, auf

Demonstrationsfreiheit, auf ein Leben in einer Umgebung seiner Wahl und geschützt in seinem Wohnraum hat – solange es nicht zu strafbaren Handlungen kommt. Die Ausrufung des „Fürstentums“ war und ist an sich keine strafbare Handlung und auch kein Grund für das Einschreiten des Verfassungsschutzes, auch wenn einige sich dies zur „Abschaltung“ des „Fürstentums Germania“ gewünscht hatten.



Dorfstraße in Krampfer

Die BürgerInnen

Ein Teil der BürgerInnen informierte sich über das „Fürstentum Germania“ direkt bei den Bewohnern im Schloss und umfassend über das Internet, auch über Personen, die im Zusammenhang mit dem „Fürstentum“ in Erscheinung getreten waren. Das Internet war sicher sehr nützlich, da das „Fürstentum“ dort intensiv präsent war. Manche fassten die Ergebnisse ihrer Recherchen zu Dossiers zusammen.

Es ist an dieser Stelle die Frage zu stellen, wann die Zusammenstellung und Verbreitung von Informationen über Personen mit den Persönlichkeitsrechten in Konflikt gerät. Welche Informationen erlauben die seriöse Prognose einer Gefahr? Können personenbezogene Informationen als Handlungsgrundlage dienen? Sollten anstelle der biographischen Daten nicht vielmehr die Absichten, Interessen und Ziele im Zentrum von Recherchen stehen? Sollen Personen angeprangert werden oder geht es um die Abwehr einer möglicherweise die Demokratie gefährdenden Ideologie? Einige BürgerInnen wollten im Projekt „Fürstentum“ nur die rechtsextreme Gruppe sehen und versuchten, diese Einschätzung zu kommunizieren. Sie leiteten

aus ihren privaten Recherchen eine Verpflichtung für die Verwaltung, die Polizei und die Justiz ab, repressiv tätig zu werden.

Einige BürgerInnen sahen eine Gefährdung für ihren Ort, was durch die Intransparenz des „Fürstentum Germania“ Nahrung erhielt. Zudem sahen sich die BürgerInnen unmittelbar mit dem Treiben im Schloss konfrontiert. Der Wunsch, dass endlich mit dem Schloss etwas Sinnvolles passiert, ein wichtiges Gebäude im Dorf erhalten und genutzt wird, wich zusehends der Besorgnis und bei manchem auch einem Entsetzen über die mögliche politische Ausrichtung oder die Ansiedlung von Esoterikern und „Ausgeflippten“. Das Schloss ist ein markanter Ort im Dorf, jede/r konnte die Aktivitäten beobachten, vor allem die Invasion an manchen Wochenenden einschließlich der sie begleitenden Polizeikontrollen.

Manche im Dorf waren irritiert, dass der eine oder die andere die jungen Schlossbewohner unterstützte, mit ihnen in einem Tauschhandel stand oder den Standpunkt vertrat, es handele sich doch um nette Menschen, die niemandem etwas Böses wollten. Diese Konfliktlinie zeigte sich auch bei der Veranstaltung für die BürgerInnen, konnte aber dort nicht behandelt werden.

Eltern äußerten die Sorge, dass ihre Kinder aus Neugier in den Sog des „Fürstentum“ geraten könnten. An einem Abend für Eltern, zu dem die Bürgermeisterin Jugendliche, Eltern, JugendarbeiterInnen und VertreterInnen von Vereinen eingeladen hatte, war die Resonanz jedoch eher gering. Immerhin hatte diese Veranstaltung zur Folge, dass die bis dahin weitgehend brachliegende Jugendarbeit, zunächst begrenzt auf ein halbes Jahr, durch die Kommune und die Kirche wieder aufgenommen wurde.

Für einige BürgerInnen war es schwer zu ertragen, dass es keine „Lex Fürstentum“ geben würde, auch nicht dann, wenn sich tatsächlich herausstellen würde, dass von den Hauptprotagonisten eine Gefährdung für das Gemeinwesen ausgehen würde. Dies mündete bei einigen in den Vorwurf an Polizei und Gemeindeverwaltung, zu wenig zu tun.

Hier könnte man einen Mangel an Kenntnissen über den Rechtsstaat beklagen und eine schwache Verankerung rechtsstaatlich-demokratischer Werte, was viel weiter verbreitet ist als man gemeinhin annimmt.

Die Landkreisverwaltung

Die Landkreisverwaltung hat umfassendere Aufgaben als die Gemeindeverwaltung. In diesem Fall ging es um baurechtliche Maßnahmen, die zwischen Gemeinde- und Landkreisverwaltung abgestimmt werden mussten. Das Baurecht sieht Auflagen vor, die für jedes Objekt gelten, zum Beispiel die

Überprüfung hinsichtlich der baulichen Substanz, der Bewohnbarkeit oder der Abwasserentsorgung. Diese Prüfungen und die daraus resultierenden Verwaltungsmaßnahmen kosteten Zeit und konnten nicht für alle BürgerInnen transparent gemacht werden. Nicht jede/r wollte einsehen, dass Gesetze und Datenschutz für alle Objekte und Personen gleichermaßen gelten.

Innerhalb der Landkreisverwaltung befürchtete man eine Klage von seiten des „Fürstentums“. Diese Sorge konnte in unterstützenden Gesprächen durch die Gemeindeverwaltung abgemildert werden, indem die Gemeindeverwaltung eng mit der Verwaltung des Landkreises zusammenarbeitete, die innere Verfasstheit des „Fürstentums“ verdeutlichte, alle erforderlichen Informationen zur Verfügung stellte und nach Kräften die Handlungen vor Ort unterstützte.

Die Polizei

Auch die Polizei sah sich im Laufe der Zeit im Kreuzfeuer der Kritik. Sie tat ihre Arbeit – eben für alle gleich, zum Beispiel bei den Kontrollen an den Wochenenden, wenn die Protagonisten des „Fürstentums“ wieder bundesweit eingeladen hatten. Betroffen von den Kontrollen waren dann auch die BewohnerInnen des Dorfes, was mit der Zeit einigen Unmut auslöste. Einige BürgerInnen wünschten sich von der Polizei ein „härteres Vorgehen“ gegenüber dem „Fürstentum“, ohne dass sie dies näher beschreiben konnten. Sie wollten das Objekt „schließen lassen“; dafür aber hatte die Polizei keine rechtliche Handhabe.

Die Lösung

Das seltsame Projekt „Fürstentum“ wurde schließlich auf Grundlage des Baurechts beendet. Das als „Schloss“ bezeichnete Gebäude war nach dem Urteil der Bauaufsicht schlichtweg unbewohnbar. Die Auflagen des Bauamts wurden von „den Fürsten“ nicht zur Kenntnis genommen, weil sie für ihren Staat die Gesetze des fremden Staates Bundesrepublik Deutschland nicht gelten lassen wollten. Folglich wurde nach Zustellung der Räumungsklage das Schloss im Mai 2009 geräumt.

Einige Aktivisten, die zum Teil schon in Wohnungen in Krampfer oder Kleinow lebten, blieben noch eine Weile. Im November 2009 hatten nahezu alle Protagonisten die Gemeinde Plattenburg verlassen. Das Projekt ist nicht mehr wahrnehmbar, und der letzte Rest der Anhänger hat sich als Bürger in den Ort eingefunden. Das Gebäude ist weiterhin versiegelt; neue Nut-

zungspläne gibt es nicht – in einem Satz: „Still ruht der See.“ Eine Sanierung des inzwischen als „historisches Gebäude“ eingestuften Schlosses kann nur noch unter Auflagen erfolgen und dürfte viel Geld kosten.

Die Beratungsarbeit des MBT in der Gemeinde Plattenburg

Das MBT arbeitet gemäß eines systemischen Beratungsansatzes, das heißt, alle Beteiligten sollen in den Blick kommen und einbezogen werden. Wenn sich in einem System, zum Beispiel in einem Dorf, etwas Neues ereignet, hat dies Auswirkungen auf das bisherige Gleichgewicht im Dorf. Diese Unruhe bzw. Destabilisierung kann sich wellenartig in die umgebenden Systeme fortpflanzen, etwa in die gesamte Gemeinde, den Landkreis oder auch das Bundesland. Je weiter entfernt die anderen Systeme sind, umso schwächer wirkt sich naturgemäß die Unruhe aus. Zu solchen Systemen, die nach ihren eigenen Regeln funktionieren, gehören auch die Gemeindeverwaltung, die Landkreisverwaltung oder die Polizei. Auch das Zweierteam des regionalen MBT kann als ein solches System begriffen werden, das wiederum mit dem Gesamtteam im Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung (Demos) zusammenhängt.

Wir hatten bei der Beratung der Gemeindeverwaltung den Vorteil, dass wir uns bereits aus der Beratung im Jahr 2007 kannten und darauf gut aufbauen konnten.

Neu für uns, auch im Gesamtteam, war das Phänomen, besser gesagt das Phantom einer „Staatsgründung“; in diesem Spezialfall konnten wir auf keine Erfahrungen für die Beratungsarbeit zurückgreifen.

Die Recherche zum „Fürstentum Germania“ war für diese Beratung unabdingbar und nahm sehr viel Zeit in Anspruch. Hier sind wir weit über das übliche Maß unserer Rechercharbeit hinausgegangen, um überhaupt eine fundierte Einschätzung geben zu können. Im Ergebnis dieser Arbeit konnten wir die Vielschichtigkeit des „Fürstentums Germania“ präziser fassen; sichtbar wurde eine Gemengelage, innerhalb derer „Rechtsextremismus“ lediglich eine Problemanzeige neben anderen darstellte.

Nachdem wir die Information über die Gründung des „Fürstentums“ erhalten hatten, haben wir unverzüglich die Gemeindeverwaltung informiert, unsere Beratung angeboten und waren zwei Tage später vor Ort. Ziel dieses ersten Gesprächs war der Abgleich aller vorhandenen Informationen, der Beginn einer Erarbeitung von Handlungsstrategien für die Verwaltung und die Aufgabenverteilung für die nächsten Schritte. Zur Bürgermeisterin bzw. zum Leiter des Ordnungsamtes hatten wir ständigen Kontakt, entweder direkt vor Ort, sehr viel häufiger jedoch telefonisch oder per Mail, nicht selten

auch mehrmals täglich. Diese enge Beratung bzw. Begleitung war für die Gemeindeverwaltung ein stabilisierender Faktor, den die Bürgermeisterin und der Ordnungsamtsleiter im Abschlussgespräch der Beratung als sehr hilfreich einstufen: „Wir konnten uns darauf verlassen, dass Sie immer da waren.“

Die Bürgermeisterin war die Auftraggeberin für unsere Beratung, also stand sie auch im Zentrum der Beratung. Mit ihr und dem Ordnungsamtsleiter konnten Ideen, Strategien, Gefährdungen, mögliche Fallstricke und Unterstützungen ausgelotet werden. Dabei war es nicht immer leicht, den Überblick zu behalten, wer sich gerade aus welchen Beweggründen und mit welchen Folgen mit dem „Fürstentum“ beschäftigte und was sich innerhalb des „Fürstentums“ selbst entwickelte. Als MBT konnten wir die Übersichtlichkeit zum Beispiel durch die Erstellung eines Organigramms zum „Fürstentum“ erhöhen.

Schwierig war es immer wieder, die Möglichkeiten der Transparenz für die BürgerInnen auszuloten. Einige BürgerInnen wollten, wie oben bereits beschrieben, alles über Personen und Aktivitäten im Zusammenhang mit dem „Fürstentum“ wissen und unterstellten der Bürgermeisterin „Nichtstun“, weil diese nicht über alles Auskunft geben konnte bzw. durfte. Anfang März 2009 drohte die Situation zwischen BürgerInnen und Bürgermeisterin zu eskalieren, als einzelne BürgerInnen, wie oben ebenfalls beschrieben, einen Alleingang zur Information der DorfbewohnerInnen planten. Diese Situation konnte nur durch das besonnene Handeln der Gemeindeverwaltung und die Beratung einer Bürgerin durch das MBT entschärft werden.

Für uns wurde an diesem Punkt sehr deutlich, dass sich die erheblichen Irritationen, die es zu diesem Zeitpunkt innerhalb des Systems „Fürstentum“ gab, zum Beispiel wohin das Projekt steuerte und wer der/die Macher waren, auf das Dorf (und als Folge auch die Gemeindeverwaltung) übertragen hatte. Folgendes war in beiden Systemen zu beobachten: Ankündigung der gleichberechtigten Einbeziehung aller und Vorpreschen Einzelner; gegenseitige Beschuldigungen, sich nicht angemessen für die Sache einzusetzen; Differenzen über den „richtigen“ Weg; Ruf nach ExpertInnen von außen; erschwerte Kommunikation bis zum Abbruch.

Unser Konzept an diesem Punkt war, Ruhe in das System Gemeinde zu bringen, zwischen BürgerInnen und Gemeindeverwaltung zu vermitteln, Zuständigkeiten zu klären und transparent zu machen sowie den Fokus auf das gemeinsame Anliegen innerhalb der Gemeinde zu richten. Rückblickend waren diese Tage die für uns anstrengendsten in der gesamten Beratung von ca. sechs Monaten.

Die Medien stellen ein eigenes System dar, das manchmal hilfreich ist, manchmal aber auch störend sein kann. Es will sensibel behandelt werden,

was uns – trotz aller Bemühungen – vielleicht nicht immer gelungen ist. Die örtliche Presse und die Gemeindeverwaltung arbeiteten gut zusammen. Die Lokalpresse arbeitete sich sehr gründlich in das Thema ein, war sehr gut informiert und berichtete differenziert. Das galt allerdings nicht für alle Medien; andere mussten ad hoc kurz vor Interviews überhaupt erst über den Stand der Dinge informiert werden. Die vielen Einschätzungen, die wir auf Anfrage gegenüber den Medien geäußert hatten, wirkten als Berichterstattung über das Dorf natürlich auch auf die Gemeinde zurück. Wir wurden nicht immer korrekt zitiert, so dass wir manchmal in der Beratung einiges klarstellen mussten.

Eine Beratung mit dieser Problemstellung war für uns Neuland. Als regional zuständige BeraterInnen haben wir die Kooperation mit unseren KollegInnen und der Leitung genutzt, um uns beraten zu lassen. Dadurch konnten wir den Blick auf das Wesentliche behalten und uns etwa auch im Umfang der Recherche begrenzen. Wir wussten, dass die KollegInnen immer ein offenes Ohr für uns haben und uns stützen. Auch hier galt und gilt der Satz: „Wir wissen, dass sie immer für uns da sind!“ Das war für uns hilfreich und notwendig, funktionierte aber nur auf der Grundlage eines kollegialen Vertrauens.

Erkenntnisse und Fazit

Oberste Priorität in unseren Beratungen hatte die Strategie: „Besonnenheit und Ruhe bewahren“ – auch wenn das manchmal schwer fiel angesichts der Intransparenz und Aktivität des „Fürstentums Germania“.

Es war notwendig, möglichst viele Fakten zusammenzutragen, um eine fundierte Einschätzung geben zu können. Mindestens so wichtig wie der Austausch aller demokratischen Kräfte und die enge Kooperation untereinander war die Bereitschaft der Gemeinde Plattenburg in Person der Bürgermeisterin, sich beraten und unterstützen zu lassen. So konnten Handlungsmöglichkeiten ausgelotet werden, die der Problemstellung gerecht wurden. Es wurde immer wieder nach Wegen gesucht, das „Fürstentum“ in den Griff zu kriegen, auch wenn das viel Zeit und Energie beanspruchte. Der ganz normale Verwaltungsbetrieb musste als Hauptaufgabe ja weitergehen.

Ein großes Plus war auch, dass die Bürgermeisterin und der Ordnungsamtsleiter nicht die Kommunikation nach außen scheuten, sondern sie aktiv betrieben und damit die Handelnden blieben.

Innerhalb der Gemeinde Plattenburg verlief die Bearbeitung der Irritation als ein umfassender Lernprozess. Verwaltung funktioniert manchmal anders als BürgerInnen das in einem speziellen Fall gern hätten; BürgerInnen übernehmen Verantwortung, auch wenn sie in manchen Augen dabei etwas übers

Ziel hinaus schießen; Jugendarbeit fand und findet im Dorf Krampfer wieder angeleitet statt; BürgerInnen lernten sich in ihren Einstellungen Fremdem gegenüber besser kennen. Und alle haben die Erfahrung gemacht, dass jeder an seinem Platz etwas bewegen kann, das für alle nützlich ist.

Dirk Wilking, Michael Kohlstruck (Hg.)

**Demos – Brandenburgisches
Institut für Gemeinwesenberatung**

Einblicke III

Ein Werkstattbuch

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Bildnachweis und Bildrechtsinhaber:

Cover: Maxie Heiner, Email: maxieheiner@gmx.de

S. 21: Amt Odervorland, <http://www.amt-odervorland.de/index.php?id=89>;
<http://www.amt-odervorland.de/index.php?id=131>

S. 43: Rainer Reinecke

S. 45: Andrea Nienhuisen

S. 48: Jörg Wanke (oben), Andrea Nienhuisen (unten)

S. 55: Andrea Nienhuisen

S. 56: Sabine Liebau (oben), Andrea Nienhuisen (unten)

S. 58: Jörg Wanke

S. 85, 87, 88, 92: MBT Frankfurt (Oder)

S. 98, 105, 107: Jürgen Lorenz

S. 120: Screenshots Archiv Mario Feist

S. 126: Gemeinde Plattenburg,

<http://plattenburg.verwaltung-brandenburg.de/texte/gemeindekarte.php>

S. 127, 128, 133: Gabriele Schlamann

© Januar 2010, Potsdam

Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
in Trägerschaft von „Demokratie und Integration Brandenburg e.V.“

Geschäftsstelle:

Benzstraße 11-12

14482 Potsdam

Tel: 03 31 / 7 40 62 46, 01 73 / 6 48 95 81

Fax: 03 31 / 7 40 62 47

Email: geschaeftsstelle@big-demos.de

www.gemeinwesenberatung-demos.de

Redaktion: Daniel Krüger, Berlin

Satz: Ralph Gabriel, Wien

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

ISBN: 978-3-00-029433-4

Inhalt

Vorwort	7
<i>Frauke Postel</i>	
Gedanken zum Arbeitskonzept des Mobilien Beratungsteams	9
<i>Michail Soschtschenko</i> : Die Kuh im Propeller	18
<i>Ray Kokoschko, Katja Hoffmann</i>	
Einheimische und Fremde auf dem Lande. Das Amt Odervorland als Beispiel	21
<i>Andrea Nienhuisen, Jan Kasiske</i>	
Zossener Zustände 2009 – Chancen und Grenzen bürgerschaftlichen Engagements am Beispiel einer Kleinstadt	41
<i>Dirk Wilking</i>	
Ein Schulprojekt der Grundschule „Traugott Hirschberger“ Lübbenau wirkt in das Gemeinwesen. Gedenkstättenpädagogik mit Kindern und Eltern	63
<i>Robin Kendon</i>	
Der Umgang mit Zeichen und Symbolen des Rechts- extremismus. Erfahrungen aus der Arbeit des Mobilien Beratungsteams	79
<i>Karin Dörre, Jürgen Lorenz</i>	
Keine Erklärungen in Goldpapier, aber ein geradliniger Weg. Welche Konsequenzen wurden in Templin aus dem Mord an Bernd Köhler gezogen?	95
<i>Mario Feist</i>	
Das „Fürstentum Germania“ – „Nicht rechts, nicht links, sondern vorne“?	109
<i>Gabriele Schlamann</i>	
Die Auseinandersetzung mit dem „Fürstentum Germania“ in der Gemeinde Plattenburg 2009	125

Susanne Kschenka, Anett Müller

Rechtsextreme Parteien und ihre Vertreter in den Kreistagen
und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien
Städte in Brandenburg 141

Katrin Pecker

Wo wird rechtsextrem gewählt? Ein Kurzbericht
zu den Landtagswahlergebnissen rechtsextremer Parteien
in Brandenburg 175

Katarina Reichmann

Eltern mischen mit. Ergebnisse aus dem Pilotprojekt
Elternwege-Beratungswege 189